

## Pressemitteilung

### Zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes

Die Grün-Rote Landesregierung hat am 7. November 2013 die Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes im Landtag eingebracht; dieses soll bereits diese Woche verabschiedet werden.

Dieses Gesetz hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Landkreise. Danach sollen, je nach Größe des Personalrates, mehr Personalräte freigestellt werden. Das bedeutet im Landkreis Tuttlingen, dass beim Landratsamt und beim Krankenhaus je eine zusätzliche Stelle geschaffen werden müssen – Kosten rd. 110.000 EUR. Nach Mitteilung des Gemeindetages sind dies im kommunalen Bereich 300 Stellen. Im staatlichen Bereich werden dies mehr Stellen sein.

Die CDU-Kreistagsfraktion hat die anderen, im Kreistag vertretenen Parteien eingeladen, sich an einer gemeinsamen Resolution zu beteiligen. Eine Verabschiedung im Kreistag war auf Grund des Zeitdruckes nicht mehr möglich.

Die FWV hat sich diesem Resolutionsentwurf uneingeschränkt angeschlossen. Die Offene Grüne Liste und die SPD lehnen die Beteiligung ab, während sich die Fraktion der FDP sich nicht äußerte.

Zusätzliche Stellen in einer Zeit, in der eine Erhöhung der Kreisumlage um 0,75 Punkte im Raum steht, in der man aus Kostengründen das Krankenhauswesen umstrukturieren muss, sind aus Sicht der CDU-Kreistagsfraktion nicht vertretbar. Wichtig wäre es gewesen, dass alle im Kreistag vertretenen Parteien sich gegen diesen Gesetzesentwurf ausgesprochen hätten oder zumindest der Forderung angeschlossen hätten, dass im Falle der Zustimmung das Land Baden-Württemberg die Mehrkosten im Rahmen des Konnexitätsprinzips übernimmt.

Anton Stier weist darauf hin, dass für diese zusätzlichen Stellen kein Bedarf besteht. Das Gesetz bedeutet eine unnötige Ausweitung der Bürokratie. Zusatzstellen bedeuten weitere Steuererhöhung im Landkreis Tuttlingen. Wir fordern die im Kreistag vertretenen Parteien auf, sich ernsthaft Gedanken über Einsparungen zu machen. Eine Erhöhung der Kreisumlage bedeutet für die hoch verschuldeten Gemeinden im Landkreis Tuttlingen höhere Belastungen und damit höhere Steuern, Beiträge und Gebühren.

Frittlingen, den 26.11.2013

Gez. Anton Stier, Vorsitzender